

ANTRÄGE

1) Petition an die Bundesregierung bezüglich ganztägiger Schulformen

GRin. **Bauer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Bauer**: In meinem Antrag geht es um eine Petition an die Bundesregierung bezüglich ganztägiger Schulformen. Der Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen ist von besonderer Wichtigkeit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Besonders in den Ballungszentren ist die Nachfrage nach solchen Betreuungsplätzen sehr hoch. Besonders für Eltern von Schulkindern ist es besonders wichtig, dass ihre Kinder auch am Nachmittag betreut werden. In einer ganztägigen Schulform machen die SchülerInnen nach dem Mittagessen ihre Aufgabe und haben anschließend eine sehr gute Freizeitbetreuung. Wenn die Kinder nach Hause kommen, können sie mit den Eltern ihre Freizeit ohne Schulstress genießen.

Seit Beginn dieses Schuljahres ist an jeder Schule eine ganztägige Betreuung einzurichten, wenn sich mindestens zehn Kinder für eine solche anmelden. Der Bund stellt für die gegenstandsbezogene Lernzeit fünf Stunden pro Woche und Gruppe zur Verfügung. Diese müssen von LandeslehrerInnen abgehalten werden. Vom Land Steiermark werden für jede unverschränkte Gruppe € 3.000,- und für jede verschränkte Gruppe € 8.000,- pro Jahr und Gruppe zur Verfügung gestellt. Für den restlichen Teil der Betreuungszeit – die Freizeit - muss die Gemeinde aufkommen.

In den Pflichtschulen der Stadt Graz kann ab Herbst 2007 eine flächendeckende ganztägige Betreuung angeboten werden. Jedoch ist die finanzielle Belastung aufgrund der sozialen Staffelung der Elternbeiträge sehr hoch.

Durch diese Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Stadt entstehen große Schwierigkeiten in der Organisation. So müssen die Lernstunden von LandeslehrerInnen abgehalten werden, jedoch wird die Freizeitbetreuung an private Träger delegiert, da dadurch eine Kostenersparnis erlangt werden kann. Es wäre daher wünschenswert, dass die ganztägige Betreuung im Gesamten vom Bund

finanziert werden würde. Ein vereinbarter Teil der Kosten könnte über den Finanzausgleich von den Gemeinden retourniert werden.

Eine wesentliche Erleichterung für das Budget des Stadtschulamtes wäre jedoch bereits, wenn vom Bund zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eine Erhöhung der Lernstunden von fünf auf zehn pro Gruppe und Woche wäre hier ein erster Schritt.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bundesregierung möge eine sinnvollere und qualitativere Form der ganztägigen Betreuung so organisieren und gesetzlich regeln, dass grundsätzlich der Bund die ganztägige Schulform ausrichtet. Die Kosten sollen über den Finanzausgleich getragen werden (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Live-Übertragung der öffentlichen Gemeinderatssitzungen im Internet

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat! Ganz speziell möchte ich heute auch alle Zuschauerinnen und Zuschauer von der Übertragung am Hauptplatz begrüßen (*Applaus ÖVP*). Die Kameras sind ja nicht zu übersehen. Heute findet ja eine tolle Premiere statt, indem erstmals die Gemeinderatssitzung live am Hauptplatz über die Leinwand übertragen wird, das

kann aber nur der erste Schritt sein, Ziel muss es sein, jede Gemeinderatssitzung im Internet zu übertragen. Viele Gebietskörperschaften in Österreich haben bereits das Angebot für Bürgerinnen und Bürger, ihre Sitzungen über das Medium Internet live mitzuverfolgen.

Der Steiermärkische Landtag überträgt seit geraumer Zeit die Plenum-Sitzungen und hat mit dieser Neuerung einen großen Erfolg. Hunderte Steirerinnen und Steirer können auf diese Weise die Arbeit der Landtagsabgeordneten aktuell beobachten.

Da die Wahlbeteiligung bei der letzten Gemeinderatswahl bei nur knapp über 50 Prozent gelegen ist, sind wir aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, die Gemeindepolitik interessanter aufzubereiten und näher an die Bevölkerung zu bringen.

Durch eine Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen im Internet, würden wir alle unsere Entscheidungen transparent machen.

Darüber hinaus sollen alle öffentlichen Tagesordnungspunkte gleich nach der Sitzung abgespeichert und online gestellt werden.

Namens der Fraktion ÖVP stelle ich daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Das Amt für Öffentlichkeitsarbeit wird beauftragt, Möglichkeiten der Live-Internetübertragung des Grazer Gemeinderates zu prüfen und einen Umsetzungsplan zur Beschlussfassung vorzulegen (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Gestaltung Marktgasse

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bewohnerinnen und Bewohner der Marktgasse sind an mich herangetreten mit der Schilderung der Situation in ihrer Straße. Diese Schilderung lässt nicht viele Fragen offen:

Der Zustand des Straßenbelages ist leider verheerend, die hoffnungslos veralteten Holz-Strommasten und eine ebenso veraltete Straßenbeleuchtung lassen die ansonsten reizvolle Marktgasse zunehmend „alt“ aussehen. In Aussicht gestellte Verbesserungen dieser Missstände wurden allerdings bis dato nicht durchgeführt.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, Maßnahmen zur deutlichen Verbesserung der geschilderten Situation durchzuführen (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Umweltbelastung durch Gebäudebeheizung

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt folgenden Antrag:

Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Jahren ist das Feinstaubproblem insbesondere in den Wintermonaten ein gravierendes und genau

so lange wird zu dessen Lösung praktisch nicht mehr unternommen als reine Symptomsbekämpfung. Man redet sich immer darauf aus, dass das meiste von außen kommt und dass wir deshalb ja so gut wie nichts dafür können. Es wird nie gerade herausgesagt, dass wir in Graz pro Kopf wahrscheinlich gleich viel zur Feinstaubbelastung beitragen wie andere Leute im Umland auch, für die dann auch wiederum alles von außen herein kommt.

Ein gewichtiger Verursacher des Feinstaubes und natürlich auch der CO₂-Emmision ist zweifelsohne ganz allgemein die Beheizung von privaten und öffentlichen Gebäuden. Und wenn diese nach dem Stand der Technik wärmegeklämmt werden, können der Energieverbrauch und damit auch die Emissionen erheblich gesenkt werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat möge den zuständigen Umweltreferenten der Stadt Graz, Herrn Vizebürgermeister Walter Ferk, die Grazer Energieagentur und das Umweltamt damit beauftragen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark ein langfristiges und effizientes Konzept zu erstellen, um Emissionen wie Feinstaub und CO₂ stark zu senken (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Gemeinderat, Sie wissen und wir schätzen alle die Qualität des Umweltamtes, wir sind selbstverständlich auch in dieser Frage längst dabei. Aber dieser Antrag wird geschäftsordnungsgemäß behandelt werden.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Initiative für einen lebenswerten Grazer Süd-Westen

GR. **Schönegger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schönegger**: Geschätzter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Bei diesem Antrag geht es um eine von uns gestartete Initiative für einen lebenswerten Grazer Südwesten. Die Martinhofstraße auf Höhe Weiberfeldweg, Weblinger Straße, Ferdinand-Prirsch-Straße, Salfeldstraße, Ankerstraße auch noch Richtung Norden bis zum Fuße des Buchkogels zur Bezirksgrenze nach Wetzelsdorf weist in den letzten Jahren einen stetig steigenden, hohen Grad an Freizeitnutzung beziehungsweise eine hohe Frequenz an Erholungssuchenden auf und stellt einen wesentlichen Grundpfeiler der Lebensqualität in diesen beiden betreffenden Bezirken dar.

Andererseits scheint diese hohe Lebensqualität auch immer mehr Wohnbauträger verständlicherweise dazu zu veranlassen ebendort eine Ver- und Bebauung stattfinden zu lassen.

Mit dieser Ver- und Bebauungsentwicklung geht einher natürlich auch ein stetig steigendes motorisiertes Verkehrsaufkommen. Es führt im gesamten beschriebenen Raum zu unangenehmen „Konkurrenzsituationen“ zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Autoverkehr. Eine großzügige bauliche Trennung von diesem Autoverkehr auf der einen Seite und den erholungssuchenden Radfahrern/Fußgängern auf der anderen Seite scheint zur Zeit noch möglich und würde einiges an dieser beschriebenen derzeit vorhandenen Lebensqualität trotz erhöhtem Verkehrsaufkommen auch für die Zukunft sichern.

Um es auf den Punkt zu bringen: ein Signal für die Lebensqualität im Grazer Südwesten könnte zur Zeit noch am Beginn der Verbauung dort stattfinden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, diese soeben im Antragstext beschriebene Problematik aufzugreifen und das Anlegen eines großzügigen, durchgehenden Geh-

und/oder Radweges auf eine alsbaldige Machbarkeit hin zu überprüfen (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Verkehrsberuhigung Hubertusstraße

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um ein Wohngebiet in St. Peter, wo der Verkehr ständig zunimmt, um den Bereich Hubertusstraße. Die Hubertusstraße in Graz - St. Peter ist eine relativ breite, leicht abfallende Straße mit mittlerweile Hauptstraßencharakter. Seit der Sanierung ist sie breit und neu asphaltiert und verleitet zum Schnellfahren. Zudem ist ein erhöhtes Verkehrsaufkommen merkbar, da diese Straße in Verbindung mit der Theodor-Storm-Straße einen Schleichweg von Liebenau nach St. Peter bildet.

Die Tatsache, dass sich in diesem Bereich ein Kindergarten und ein Seniorenheim befinden und die 30er-Beschränkung in der Hubertusstraße kaum eingehalten wird, macht eine Diskussion um eine Verkehrsberuhigung dringend notwendig. Außerdem gibt es eine neu erbaute Wohnsiedlung der ÖWG und dort viele junge Familien mit Kindern, andererseits durch die Siedlung ein erhöhtes Verkehrsaufkommen.

Aus Aspekten der Verkehrssicherheit, des Lärmschutzes und des Schutzes von Älteren, aber auch Jüngeren ist die Verkehrsberuhigung in diesem Bereich dringend geboten.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, diese im Antragstext beschriebene Problematik aufzugreifen, eine Verkehrsberuhigung der Hubertusstraße, entweder durch Verengung, Blumeninseln, Begrünung was immer, durch Bodenschwellen oder durch sonst geeignete Maßnahmen zu veranlassen, wie etwa auch durch einen Schutzweg, Zebrastreifen, im Bereich des Kindergartens, ich habe schon einmal eine Initiative gesetzt in diese Richtung, hoffe, dass wir diesmal einen Schritt weiterkommen. Im Übrigen wäre auch empfehlenswert die Errichtung einer Ampelanlage und zwar möglichst bald. Bei der Einmündung der Hubertusstraße in die St. Peter Hauptstraße. Sie ist seit längerem versprochen, dringend erforderlich; wer vor Ort ist, ich wohne dort in der Nähe, kann sich täglich davon überzeugen von der Wichtigkeit dieser Forderung. Wir ersuchen auch fallweise mit mobiler Radarüberwachung die Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung zu überprüfen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Fehlende Beleuchtung Hohenrainstraße

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Spath**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bewohnerinnen und Bewohner der Hohenrainstraße sind an mich mit der Schilderung eines Problems herangetreten: Aus Richtung St. Peter kommend führt ein Teil der Hohenrainstraße nach der GVB – Endhaltestelle Petri-Au durch den Wald und genau in diesem Teil fehlt die Straßenbeleuchtung zur Gänze. Da dieser Bereich auch gerne als Lauf- und Spazierstrecke genutzt wird, wäre es wünschenswert, dieses Manko zu beseitigen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Möglichkeit der Anbringung einer Straßenbeleuchtung im beschriebenen Bereich zu prüfen und bei positiver Beurteilung auch zu veranlassen (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Beleuchtung Kriegerdenkmal Liebenau

GR. **Trummer** stellt folgenden Antrag:

GR. **Trummer**: Geschätzter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Der Antrag betrifft die Beleuchtung des Kriegerdenkmals in unserem Wohngebiet, Herr Vizebürgermeister, und betrifft eben diese Beleuchtung. Der Österreichische Kameradschaftsbund Graz-Liebenau, der Ortsverband Graz 7, saniert das Liebenauer Kriegerdenkmal, diesen „Liebenauer Löwen“, im heurigen Jahr ganz umfassend. Nun ist es der verständliche und mit keinem wesentlichen Aufwand für die Stadt verbundene Wunsch des ÖKB, dieses neu renovierte Kriegerdenkmal auch in den Nachtstunden zu beleuchten.

Da direkt neben diesem Kriegerdenkmal ohnehin eine Straßenbeleuchtung vorhanden ist, würde es durchaus ausreichend und auch zweckmäßig sein, von dieser vorhandenen Beleuchtung ausgehend einen kleinen Scheinwerfer zur Bestrahlung des Denkmals anzubringen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Magistratsabteilung beauftragen, diese im Antragstext vorgeschlagene Vorgangsweise auf die Machbarkeit zu überprüfen und, bei positiver Beurteilung, diesen Scheinwerfer anzubringen (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Kalvariengürtel/Lärmschutzmaßnahmen

GR. **Simbürger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Simbürger**: Sehr geehrter Vizebürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren! Am 19. Oktober 2006 habe ich mir erlaubt, an Herrn Bürgermeister Mag. Nagl eine mündliche Anfrage betreffend Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Kalvariengürtels (Kalvarienbergstraße und Floßlendstraße) und eines gleichzeitigen Lückenschlusses für den Radweg Richtung Westen zu stellen. Die Konsequenz: Geschehen ist bis dato nichts – ja, schlimmer noch, ich habe - obwohl die entsprechende Frist längst verstrichen ist - nicht einmal die mir laut Geschäftsordnung zustehende Antwort auf diese Anfrage erhalten. Wobei auch diese Nicht-Beantwortung einer Anfrage, wie ich von Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus weiß, leider kein Einzelfall ist.

Faktum ist aber, meine Damen und Herren, die AnrainerInnen in diesem Bereich des Kalvariengürtels fühlen sich mittlerweile doppelt genervt. Nicht nur wegen des Verkehrslärms an sich – sie fühlen sich auch vor den Kopf gestoßen, weil ihre berechtigten Anliegen offensichtlich auf taube Ohren stoßen.

In diesem Sinne stelle ich daher nunmehr namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen in diesem Bereich in Angriff zu nehmen und in diesem Zusammenhang auch gleich den Lückenschluss für den Radweg nach Westen mit zu berücksichtigen (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Betriebsverlängerung der Buslinie 60

GR. **Rieger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rieger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Bereits in der vergangenen Gemeinderatssitzung wurde von mir an Herrn Stadtrat Rüschi eine Frage betreffend die Buslinie 60 eingebracht, die jedoch aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden konnte. Und wiewohl die Geschäftsordnung für den Gemeinderat im § 16a, Absatz 8 vorsieht, dass, ich zitiere, „Anfragen, deren Behandlung im Rahmen der Fragestunde nicht möglich ist“ dem jeweiligen Gemeinderatsmitglied innerhalb von zwei Wochen schriftlich zu beantworten sind, habe ich auf meine Frage hin bis dato nichts gehört.

Zur Erinnerung nochmals: Die Buslinie 60 sorgt bei den BewohnerInnen in Waltendorf für sehr viel Verärgerung, weil die letzte Abfahrt bereits um 20 Uhr vom Schillerplatz Richtung Lustbühl erfolgt. Als attraktive ÖV-Verbindung kann das

sicher nicht gewertet werden – wie auch von Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Elisabeth Glettler moniert worden war.

Zwar wurde ihr von Stadtrat Rüschi immerhin eine Verlängerung der Abendführung dieser Buslinie auf 22 Uhr zugesagt – geschehen ist aber bislang noch nichts. Wobei eine Verlängerung bis 22 Uhr auch wieder nur eine halbe Sache wäre. Denn damit – und darauf hat auch Frau Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Glettler ausdrücklich hingewiesen - kommt man weder BesucherInnen von Veranstaltungen entgegen, die wieder nur in den seltensten Fällen auf den ÖV zurückgreifen können, noch den Eltern von Jugendlichen, die bei Betriebsschluss um 22 Uhr ihre Kinder weiterhin mit dem Pkw vom Schillerplatz abholen müssen. Eine wirkliche Attraktivierung dieser Linie wäre somit ausschließlich mit deutlich verlängertem Abendbetrieb, sprich letzte Abfahrt vom Schillerplatz um 23.30, gegeben.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, eine Betriebsführungsverlängerung der Buslinie 60 bis zumindest 23.30 Uhr in die Wege zu leiten (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Berufungsformalitäten/Novellierung der Landesabgabenordnung

GR. Rieger stellt folgenden Antrag:

GR. **Rieger**: Wenn jemand gegen einen Bescheid eine Berufung einlegen will, so kann diese Berufung innerhalb der dafür vorgesehenen Frist üblicherweise entweder schriftlich, per Fax oder auch per E-Mail an die belangte Behörde eingebracht werden.

Es gibt jedoch auch schwer verständliche Ausnahmen, was die Form der Berufungsmöglichkeit anbelangt: Denn geht es um die Vorschreibung einer Kanalanschlussgebühr, so darf diese Berufung ausschließlich schriftlich und per Post erfolgen - E-Mail und Fax sind nicht vorgesehen. Grund ist die Landesabgabenordnung, die ausschließlich schriftliche Berufungen per Postweg vorsieht. Was schlussendlich sogar bedeutet, dass im Grund genommen eine Berufung per Mail oder Fax als nicht einmal existent betrachtet werden dürfte und es ist nur dem Entgegenkommen der bearbeitenden BeamtInnen zu danken, wenn sie BürgerInnen darauf hinweisen, dass diese Art der Berufung nicht vorgesehen ist und diesen damit Fristversäumnissen vorbeugen helfen.

Angesichts der technischen Entwicklung und auch in Hinblick auf die notwendig erscheinende Anpassung an sonst übliche Berufungsmöglichkeiten wäre eine Adaptierung der Landesabgabenordnung dringend erforderlich.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition den Landesgesetzgeber ersuchen, in der Landesabgabeordnung auch die Möglichkeit der Einbringung einer Berufung mittels Fax oder E-Mail zu verankern (*Applaus SPÖ*).

***Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen
Behandlung zugewiesen.***

12) Urban Plus/Einbindung der Bezirksvorstehungen

GR. **Rieger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rieger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Zwar liegt das Geld leider nicht auf der Straße, wie uns dies ein Sprichwort weiszumachen versucht – sehr wohl aber liegen Gelder in Brüssel: EU-Gelder, die abgeholt werden können. Ich kann zwar nicht beurteilen, ob die Stadt Graz in der Vergangenheit in dieser Hinsicht ihre Möglichkeiten ausgeschöpft hat, aber über Urban-Projekte wurden auf jeden Fall immer wieder EU-Gelder für Graz lukriert.

Dieses Urban-Modell ist ja bekanntlich ausgelaufen – nunmehr setzt die EU in dieser Beziehung auf regionale Kooperationen. Und ein Ergebnis davon ist eben Urban Plus – zur nachhaltigen Entwicklung des Grazer Südens und des Umlandes. Prinzipiell ist das auch ein sehr richtungsweisender Ansatz, sind doch Fragen Standortentwicklung, Mobilität, Grünraum und Umwelt oder lokale Partnerschaften in einem über die Gemeindegrenzen hinausgehenden regionalen Kontext zu sehen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind mit den Umlandbürgermeistern auch die jeweiligen politischen Ebenen in „Urban Plus“ eingebunden.

Anders ist da leider die Situation in Graz: Vom zuständigen Stadtrat Dipl.-Ing. Gerhard Rüschi werden zwar selbstverständlich die ressortverantwortlichen Abteilungen mit Urban Plus befasst, auch das Planungsbüro Kampus Consulting ist eingebunden – einzig und allein die davon betroffenen Bezirksvorstehungen von Straßgang, Puntigam, Liebenau und St. Peter stehen im Abseits, sie wurden von Herrn Stadtrat Rüschi in diesen interregionalen Erfahrungsaustausch überhaupt nicht einbezogen; obwohl die Bezirksvorstehungen – als die Verantwortlichen vor Ort – sicher bestens über Notwendigkeiten und Bedürfnisse ihrer Region Bescheid wissen, obwohl gerade sie vor Ort solche Kooperationen von sich aus immer wieder anstrengen, obwohl sie die demokratisch gewählten BezirksvertreterInnen sind.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

Stadtrat Rüschi möge umgehend beauftragt werden, in das Projekt Urban Plus auch die Bezirksvorstehungen als die demokratisch gewählten VertreterInnen der betroffenen Bezirke einzubinden (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Buslinie 74/bessere Erschließung der Liebenauer Hauptstraße

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem Kollege Kurt Hohensinner die Zuschauer im Zelt willkommen geheißen hat, möchte ich denen nur eines noch mitgeben auf den Weg, es wird ja das Zelt bald gesperrt, aber es gibt und gab sicherlich lebendigere Gemeinderatssitzungen, wie mir heute auch Medienvertreter hier in diesem Haus bestätigt haben. Deshalb ist auch schon da oder dort der Vorschlag gekommen, vielleicht in Zukunft überhaupt eine versteckte Kamera zu installieren, wo es möglicherweise für mehr Unruhe hier sorgen würde und vor allem für mehr Lebendigkeit, aber das ist nicht mein Antrag, sondern es geht bei meinem Antrag um die Buslinie 74, nämlich um eine bessere Erschließung der Liebenauer Hauptstraße. Mit der Eröffnung des Einkaufszentrums Murpark in Liebenau nahm ja erfreulicherweise die verlängerte Straßenbahnlinie 4 den Betrieb auf und in diesem Zusammenhang mit dieser erfreulichen und zu begrüßenden Straßenbahnverlängerung wurden auf der anderen Seite aber die Buslinien 64 und 74 zusammengelegt. Was an und für sich aus verkehrsplanerischer Sicht nachvollziehbar und grundsätzlich zu begrüßen ist, aber wie gesagt, es gibt in diesem Zusammenhang leider nicht nur Gewinner, eben zusätzliche neue Straßenbahnbenutzer, sondern im Detail steckt leider der sprichwörtliche Teufel, und mit dieser neuen Streckenführung des 74er nämlich zum Murpark gibt es jetzt das

Problem für die Bewohnerinnen und Bewohner entlang der Liebenauer Hauptstraße, die zwischen Puntigamer Straße und UPC-Stadion leben, dass es dort eine deutlich verschlechterte Anbindung an den öffentlichen Verkehr gibt. Sie müssen nun einen relativ weiten Weg zu Fuß zurücklegen, hatten vorher den 74er vor der Haustür und müssen jetzt eben weitere Wege in Kauf nehmen, um zu einem öffentlichen Verkehrsmittel zu gelangen und das schwächt natürlich hier die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel.

In diesem Zusammenhang stelle ich jetzt namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, einen Vorschlag für eine neue Linienführung der Buslinie 74 auszuarbeiten, die sicherstellt, dass die Bewohner und die Bewohnerinnen der Liebenauer Hauptstraße zwischen der UPC-Arena und der Kreuzung Puntigamer Straße wieder besser an das öffentliche Verkehrsnetz eingebunden werden, Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Projektpartnerschaft mit der Stadt Zababdeh (Palästina)

GR. Mag. **Fabisch** stellt namens der SPÖ, KPÖ und Grünen folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich, wie gesagt, um einen gemeinsamen Antrag von SPÖ, Grünen und KPÖ, ich bedanke mich auch dafür. Die Stadt Graz deklariert sich seit 2001 durch einen Gemeinderatsbeschluss als Stadt der Menschenrechte und übernimmt damit die

Verpflichtung, innerhalb der Stadtgrenzen, aber auch überregional diesen Prinzipien gemäß zu handeln.

Eine Projektpartnerschaft mit einer Stadt, deren Region weltweit leider nur als dauerhaftes Krisengebiet Schlagzeilen macht, könnte neue wichtige Akzente setzen. Es handelt sich hierbei um die palästinensische Stadt Zababdeh im Norden der Westbank. Eine intensivere Zusammenarbeit mit europäischen Städten wäre für Kommunen wie diese ein erstrebenswerter Weg, ihre Isolation zu überwinden. Für die Stadt Graz ergibt sich eine Möglichkeit, neben den praktischen Kontakten auch ein Zeichen des Friedens und der Solidarität zu setzen. Ein Weg, den Linz und Salzburg bereits durch Projekte mit Nicaragua beschritten haben. Durch Kontakte der Grazer Friedensplattform mit palästinensischen Basisgruppen und NGOs wurde diese Idee entwickelt und die Auswahl getroffen. Hierbei möchte ich mich bei Frau Mag. Petra Leschanz von der Grazer Friedensplattform, einer jungen Völkerrechtlerin, bedanken, die diese Mappe, die allen Klubs zugegangen ist, zusammengestellt hat. Ich glaube, sie hat darin die Stadt Zababdeh ganz hervorragend beschrieben.

Die Infrastruktur von Zababdeh ist durch die vielen Jahre der Fremdkontrolle noch nicht übermäßig entwickelt, erst seit 1995 gibt es eine eigene Gemeindeverwaltung. Trotzdem ist diese kleine Stadt, ungefähr 4000 Einwohner, ein Schulzentrum und beherbergt in ihrer Nähe sogar eine Universität.

Die Religionen leben dort friedlich neben- und miteinander (Katholiken, Protestanten, Orthodoxe und Anhänger islamischen Glaubens). Das Stadtwappen selbst verweist auf eine Kirche und eine Moschee.

Anzustreben wäre also durch diesen Antrag eine Projektpartnerschaft, projektbezogene Kooperationen mit Zababdeh, wobei die Stadt Graz vor allem als Katalysatorin und Initiatorin für Projekte anderer Träger auftritt. Mögliche Projektträger können sein: Universitäten und Fachhochschulen, kulturelle, kirchliche und ökologische Einrichtungen und Ähnliches, also Vertreter jener "Stärkefelder", von denen die Internationalisierungsstrategie, von der Grundsatzbeschluss des

Gemeinderates von 2006, spricht, er nennt dort Bildung, Knowhow-Transfer, Kultur usw.

Solche projektbezogenen Kontakte werden sicher nicht nur dem kleineren Partner Nutzen bringen, der zusätzliche Imagegewinn für die Menschenrechtsstadt Graz würde über die österreichischen Grenzen hinaus anerkannt; Förderungen durch die EU für interessante Projekte sind durchaus vorstellbar.

Deshalb stelle ich im Namen von SPÖ, KPÖ und Grüne folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz möge prüfen, inwiefern eine Projektpartnerschaft der Landeshauptstadt Graz mit der palästinensischen Stadt Zababdeh in Kooperation mit universitären, kirchlichen, ökologischen und kulturellen Einrichtungen der Stadt Graz im Sinne des Motivenberichtes möglich ist. Dankeschön (*Applaus SPÖ, KPÖ und Grüne*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Einladung zu Informationsveranstaltungen und Bezirksversammlungen

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Mein Antrag betrifft die Einladung zu Informationsveranstaltungen und Bezirksversammlungen. Wenn ein Amt der Stadt Graz die Bevölkerung zu einer öffentlichen Versammlung einlädt, sollte man eigentlich davon ausgehen, dass diese Einladung der gesamten betroffenen Bevölkerung zugestellt wird. Das ist aber nicht

mehr so, seit die Einladungen nicht mehr von der Post, sondern über eine private Prospektverteilerfirma verteilt wird.

Beispielsweise möchte ich eine Veranstaltung über den Hochwasserschutz in Andritz oder die jährlichen Bezirksversammlungen der Bezirksräte anführen.

Sehr viele Menschen wissen darüber nicht Bescheid, entweder weil sie keine Einladungen bekommen haben, oder weil diese in den Massen von Werbeprospekten untergeht.

Daher wäre es sinnvoll und würde der Informationspflicht der Stadt Graz gegenüber der Bevölkerung entsprechen, wenn öffentliche Einladungen wieder durch die Post versendet werden.

Daher stelle ich namens des KPÖ – Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Einladungen zu Informationsveranstaltungen und zu Bezirksversammlungen in der Stadt Graz werden in Zukunft wieder mit der Post versendet. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Stv. **Ferk**: Bitte nun den Herrn Gemeinderat Candussi seinen Antrag einzubringen. Herr Gemeinderat Candussi ist nicht da, dann gibt es den Antrag nicht, tut mir leid. Wir sind damit mit unseren Anträgen fertig.